

RÜCKBLICK auf die SVV vom 25. November 2020

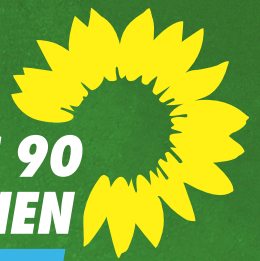
Schon vor der heutigen SVV wurden durch die Fraktionsvorsitzenden die Ereignisse der letzten „Brandenburg steht auf“- Demo am Salzhofufer besprochen. Mit der Unterschrift unter einen parteiübergreifenden Appell konnte jedes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung die Brandenburgerinnen und Brandenburger aufrufen, in Zeiten der Coroneinschränkungen nicht in Beleidigungen, Beschimpfungen und dergleichen Zuflucht zu suchen.

Das Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit besteht ausdrücklich auch in dieser Zeit. Leider nutzen jedoch „Rattenfänger“ dieses demokratische Grundrecht, um unzufriedene oder besorgte Bürgerinnen und Bürger durch Polemik und wissenschaftlich falsche Behauptungen gegen demokratisch gewählte Volksvertreter aufzubringen. Sicher sind unter den Demonstrierenden viele dabei, die mit den von den Rednern oder anderen Einzelpersonen geäußerten Behauptungen nicht einverstanden sind. Sich dagegen unmittelbar offen und deutlich zu positionieren fällt jedoch schwer. Diesen Menschen möchten wir unmissverständlich sagen: Euer Recht auf Kritik an den pandemiebedingten Maßnahmen wird nicht in Frage gestellt. Aber das blinde Hinterherlaufen hinter demokratiefeindlichen Beschimpfungen und Verleumdungen ist kein Ausdruck demokratischer Mitbestimmung.

Gebührensatzung der Musikschule

Die Vorlage der Verwaltung zur Gebührensatzung der Musikschule sah zwei entscheidende Veränderungen vor. Während eine allgemeine Erhöhung zu erwarten war, sollte auch die Sozialermäßigung für Familienpassinhaber von bisher 70 % auf 50 % gesenkt werden. Verbunden mit der allgemeinen Erhöhung hätte sich im Standardeinzelunterricht für Familienpassinhaber die Gebühr von jährlich 210,00 EUR auf 385,00 EUR erhöht. Die übrigen Erhöhungen beinhalteten mindestens 10 %, in Einzelfällen über 20 %.

Auf unsere Initiative hin brachten wir gemeinsam mit den Fraktionen DIE LINKE und SPD einen Änderungsantrag ein, die Sozialermäßigung mit 70 % beizubehalten und die sonstige geplante Erhöhung zu halbieren. Während sich mehrere Stadtverordnete der Beibehaltung der Sozialermäßigung anschließen konnten, ergab sich allgemeinen Gebührenerhöhung eine ausführliche Diskussion. Insbesondere die Verwaltung führte aus, dass auch die Honorare der freien Lehrkräfte von den Mehreinnahmen abhängig seien. Das ist natürlich ein Abwälzen der Problematik auf die gebührenzahrenden Eltern, dennoch wurde daraus der Kompromiss erarbeitet, die Erhöhung in zwei Schritten zum 01.01.2021 sowie zum 01.08.2022 umzusetzen, der dann auch mehrheitlich beschlossen wurde.



Neue Oberschule in der Stadt Brandenburg an der Havel

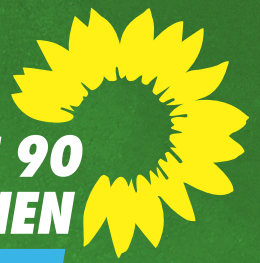
Bereits 2015 mahnte Udo Geiseler (SPD) die Notwendigkeit eines Schulneubaus an. Sein Wort verhallte offensichtlich ungehört in der Verwaltung, so dass die Stadtverordneten im Herbst 2020 vor eine Entscheidung gestellt wurden: Pest oder Cholera – OSZ Flakowski oder neue Oberschule war die Frage. Was im Bereich Kita prognostiziert und mit entsprechend neuen Einrichtungen in den vergangenen Jahren beantwortet wurde, ist im Bereich Schule nicht realisiert worden. Dazu kamen inhaltliche Mängel des Schulentwicklungsplanes, die zusätzlich auf Missfallen der Stadtverordneten stießen.

Letzten Endes kommt die Stadt nicht umhin, zunächst die ersten zwei Klassen einer neuen Oberschule im OSZ Flakowski übergangsweise einzurichten. Mit einer neuen Vorlage ist die Verwaltung den Forderungen der Fraktionen gefolgt, es wurde mit dem heutigen Tag auch die Entwicklung eines neuen Schulzentrums beschlossen. Um die Kapazitäten abzusichern, sollen derzeit noch ungeeignete Klassenräume nach Auskunft des Oberbürgermeisters, Steffen Scheller (CDU), baulich hergerichtet werden. Um definitiv klarzustellen, dass es sich nur um eine Übergangslösung handeln kann, die langfristig nicht zu Lasten des OSZ führen soll, wurde dem Antrag der Freien Wähler/CDU zugestimmt, die Übergangszeit der gemeinsamen Nutzung des Flakowskigebäudes auf drei Jahre zu beschränken.

Kunsthalle Brennabor

Längst überfällig wurde ein Konzept der Verwaltung zur Weiterführung der Kunsthalle Brennabor vorgelegt. Derzeit residiert die Kunsthalle noch im Gebäude der Rentenversicherung, der Mietvertrag läuft fördermittelbedingt noch bis 2025. Der überaus engagierte Freundeskreis der Kunsthalle Brennabor hat seit 2016 den Ausstellungsbetrieb aufrecht erhalten, unterstützt durch den früheren Brandenburger Theaterintendanten Christian Kneisel. Die Kunsthalle ist längst über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und wird in ihrer Ausstrahlung auch durch das Ministerium der Kultur im Land anerkannt.

Die Verwaltung schlägt mit ihrem Konzept vor, die Kunsthalle in einem „kooperativen Trägermodell“ fortzuführen. Konkret würde das bedeuten, dass die Verwaltung die Grundfinanzierung und den fachlichen Sachverstand über die Berufung eines Beirates sicherstellen würde. Der Kooperationspartner (z.B. der Freundeskreis der Kunsthalle Brennabor) würde die Verantwortung für das operative Geschäft übernehmen, die künstlerische Leitung beauftragen und kontrollieren und das operative Ausstellungsmanagement sicherstellen.



Der Idee der Verwaltung konnten wir uns grundsätzlich anschließen, allerdings war es uns wichtig, die Verwaltung zu beauftragen, die Möglichkeiten zur Sicherung des jetzigen Standortes auszuloten. Inwieweit der Raumbedarf der Rentenversicherung tatsächlich noch in der vor mehreren Jahren angegebenen Größenordnung vorhanden ist, kann wohl zurecht in Zeiten zunehmender „home office“-Erfahrungen hinterfragt werden. Insofern würde sich vielleicht schon die Standortfrage erübrigen.

Mit einem weiteren Punkt wollten wir finanzielle Eckdaten durch die Stadtverordneten beschließen lassen, um damit auch kommende notwendige Haushaltsansätze festzuschreiben. Mit beiden Punkten konnten wir uns durchsetzen.

Gartengrundstücke und Abwassergebührensatzung

Besitzer von Gartengrundstücken, die nicht dauerhaft genutzt werden, erlebten eine schlimme Überraschung mit der Vorlage der Verwaltung zur neuen Abwassergebührensatzung. Durch die Erhebung einer Grundgebühr ergeben sich für viele Nutzer bis zu zehnfache Steigerungen der finanziellen Aufwendungen. Vorher wurden Gebühren in Höhe der tatsächlich abzuholenden Abwassermenge geltend gemacht, nunmehr soll eine jährliche Grundgebühr von 132,00 EUR zzgl. der Abholmenge in Rechnung gestellt werden. Auch wenn wir uns mit den Freien Wählern eher im politischen Diskurs befinden, an dieser Stelle konnten wir einen gemeinsamen Antrag formulieren, der die Verwaltung beauftragt, eine faire Gebührengestaltung zu prüfen.

Anfrage zur Haushaltssperre und dem Grünflächenkonzept

Mit dem Wegfall der Corona-bedingten Haushaltssperre ergeben sich auch wieder vormals geplante finanzielle Spielräume. Wir fragten daher nach, wie es um die Erstellung des strategischen Grünflächenkonzeptes bestellt ist. Das Konzept ist Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Brandenburg und sollte eigentlich schon im Frühjahr 2018 in Auftrag gegeben werden. Dazu war die Antwort erfreulich. Die Aufgabenstellung für das Konzept ist bereits in Arbeit und die erforderlichen Mittel gebunden und auch für 2021 gesichert.

Persönliche Erklärung von Robert Schönengel

Unser Fraktionsmitglied Robert Schönengel hat eine persönliche Erklärung zum kommunalen Klimaschutz abgegeben. (siehe Anhang)

[B'90/DIE GRÜNEN KV BRB + Ritterstraße 90 + 14770 Brandenburg a.d. Havel]

Pressemitteilung

Brandenburg an der Havel, 25.11.2020

Robert Schönngel

Persönliche Erklärung zum kommunalen Klimaschutz SVV vom 25.11.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielleicht haben einige von Ihnen vor einigen Tagen die Dokumentation auch gesehen: Vor rund einem Jahr ist die Polarstern, das Forschungsschiff des Alfred-Wegener-Instituts für Polarforschung zu einer fast einjährigen Expedition in die Arktis aufgebrochen. Ziel war es, mannigfaltige Datenmengen zur Arktis zu sammeln und die Veränderungen, die in diesem Teil der Welt passieren besser zu verstehen. Über einen kompletten Jahreszyklus hinweg sollte sich das Schiff auf einer Eisscholle verankern und auf ihr treiben. Was man erwartet hat war einen Rückgang des Eises messen zu können. Doch was man vorfand lag jenseits dieser Erwartungen. Die Passage zum Nordpol konnte in sechs Tagen und ohne größere Hindernisse durchquert werden. Früher wurden für diese Strecke schwere Eisbrecher benötigt.

Ich will nicht im Detail weiter auf die Expedition eingehen, weil die Daten auch noch über Jahre hinweg ausgewertet werden müssen. Zusammenfassend ist es mir aber noch wichtig den Expeditionsleiter Markus Rex zu zitieren. Der sagt:

„Wenn es mit dem Klimawandel in der Arktis so weitergeht, wie es in der Vergangenheit abgelaufen ist, dann werden wir in wenigen Jahrzehnten im Sommer eine eisfreie Arktis haben“

Jetzt könnten wir hier sagen, wir wohnen ja nicht in der Arktis.

Aber ein Schmelzen in der Arktis bedeutet das Freiwerden unermesslicher Methanvorkommen. Es sei daran erinnert das die Treibhausfördernde Wirkung von Methan 28 höher ist, als die von CO₂. Deshalb ist der Punkt an dem das geschieht als einer der berühmten Kippunkte definiert. Wenn sich dieser Prozess in Gang setzt stehen disruptive klimatische Veränderungen bevor deren Ausmaß sich nicht abschließend kalkulieren lässt.

Doch was hat das mit uns zu tun?

Wir sind in einer paradoxen Situation. Ganz gleich ob auf globaler, europäischer, bundes-, oder kommunaler Ebene praktisch alle demokratischen Parteien bekennen sich dazu, dass der

Klimawandel eine ernstzunehmende Herausforderung ist. Doch wir handeln nicht so, wie wir es müssten.-

Wir haben ein Klimaschutzkonzept in dem für die Stadt klar definiert ist welche Maßnahmen wir zugunsten einer nachhaltigeren Zukunft unterstützen wollen.

- In diesem Zusammenhang ist es schön zu hören, dass LED-Straßenbeleuchtung in der Stadt vorangetrieben werden wird.
- Wenn wir im Klimaschutzkonzept auch die Zielsetzung der Elektrifizierung der städtischen Autoflotte verfolgen, dann sollte sie auch umgesetzt werden
- Wenn wir uns als Stadt für ein strategisches Grünflächenkonzept entscheiden, dann sollte es auch umgesetzt werden.
- Wenn für Verkehrsprojekte Bäume gefällt werden, dann müssen Ersatzpflanzungen umgesetzt werden.
- Wir sollten nicht den Lebensraum seltener Tiere durch Asphalt zerteilen sondern durch die wassergebundene Decke eine Brücke bauen und nicht gegen die Natur, sondern mit ihr agieren.
- Wenn wir sehen dass sich der Stadtwald in einem desolaten Zustand befindet sollten wir daraus keine Hypothek für die Zukunft machen sondern Mischwald fördern, den Wald auf extremere klimatische Bedingungen in der Zukunft vorbereiten.

Es ist nicht mehr die Frage ob eine Transformation stattfinden wird. Eine zukunftsfähige Gesellschaft wird nachhaltig sein oder sie wird gar nicht sein. Es ist an uns zu entscheiden, ob wir die sein wollen die sich von diesen Veränderungen treiben lassen oder die die sie gestalten. Wir sollten es uns zu eigen machen, bei allen unseren Entscheidungen auch zu prüfen, ob wir damit den vereinbarten Klimaschutzzielen von Paris ein Stück näherkommen. Das gilt nicht nur für uns als Stadtverordnete, sondern insbesondere für die Verwaltung. Es geht nicht, dass die Verwaltung das Klimaschutzkonzept ignoriert und es geht auch nicht, dass die Verwaltung hinnimmt, dass Bäume gefällt werden aber dann keine Ersatzpflanzungen veranlasst. Bäume, die wir heute pflanzen entfalten ihre Wirkung auf das Mikroklima in unserer Stadt erst in 30 Jahren. Also: 2050 ist nicht so weit weg wie der eine oder andere glaubt. Ich appelliere an Sie alle, machen Sie Maßnahmen des Klimaschutzes zu einem Schwerpunkt der kommenden Haushalte und sorgen Sie dafür, dass Brandenburg an der Havel 2050 nicht nur CO2-frei ist, sondern auch dem Klimawandel gut begegnen kann. Je länger wir warten, desto teurer und schwerer wird es.

Vielen Dank